

Warum tritt die DKP zur Landtagswahl 2021 an?

In einer Gesellschaft, die von sozialen Gegensätzen geprägt ist, in der Wenige immer reicher und die Mehrheit relativ dazu immer ärmer wird, gibt es die DKP, die sich für die soziale Gerechtigkeit einsetzt. Wir stehen nicht auf der Seite der Reichen und Mächtigen, sondern auf der Seite der Lohn- und Gehaltsabhängigen, der Arbeitslosen, der Lernenden, Studierenden und Rentner.

Unser Ziel wurde bereits von Karl Marx formuliert: „...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Wenn Sie bei der Landtagswahl 2021 die DKP wählen, dann...

- ...unterstützen Sie mit Ihrer Stimme eine Partei, die unumstößlich ihre Ziele verfolgt. Wir richten den Fokus unserer Politik auf die Bedürfnisse der arbeitenden und in Abhängigkeit lebenden Menschen aus und nicht auf die Mehrheitsbeschaffung zur Regierungsbildung.
- ...unterstützen Sie die Politik, in der Freiheit herrscht und Abhängigkeiten keinen Platz haben.
- unterstützen Sie die Philosophie von Karl Marx, der eine soziale und ökonomische Gleichheit und Gerechtigkeit verlangt. Dafür kämpfen wir.
- ...unterstützen Sie eine Partei, die mit allen Menschen, Bewegungen und Organisationen zusammenarbeitet, welche die Lage der Arbeitenden und ihr nahestehenden Menschen zur Verbesserung führt.

UNSERE FORDERUNGEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2021

1. Frieden und Antimilitarismus

Die Waffen der Bundeswehr sollen in den Kasernen verrotten, wir brauchen weder Auslandseinsätze noch eine Armee im öffentlichen Raum.

Wir fordern:

sofortige Abwicklung des gesamten Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw; Kriegstreiber und Rüstungsexporte verbieten; einen Plan zum Umbau von militärischer auf zivile Produktion – wer nicht umstellt, wird enteignet.

Keine Auftritte der Bundeswehr in Schulen, Universitäten, Jobcentern und in der Öffentlichkeit.

Schließung aller Standorte von Armeen und Diensten anderer Länder in Baden-Württemberg, einschließlich EUCOM und AFRICOM. Freiwerdendes Gelände für zivile Zwecke nutzen, beispielsweise Wohnraum, Erholungsgebiete, Bildungseinrichtungen und vieles mehr.

Von Baden-Württemberg dürfen keine Kriege ausgehen und hier keine Waffen mehr produziert werden!

Gründung eines landesweiten Friedensrates, der in allen Fragen von Frieden und Antimilitarismus ein Vetorecht hat. Der Friedensrat bekommt uneingeschränkten Zugang zu allen Standorten und Dokumenten der Bundeswehr. Er kontrolliert die Durchführung von Abrüstung und die Nutzungsänderung der militärischen Anlagen in Baden-Württemberg.

Deutsche Waffen werden aktuell über Strohmannen z.B. an den IS verkauft, der dann mit deutschen Waffen durch die Bundeswehr bekämpft werden soll. Dieser Irrsinn muss ein Ende haben!

2. Antifaschismus und Rassismus

“Faschismus und Nationalismus bedeutet Krieg” und “Wehret den Anfängen!”, wurden wir in der Vergangenheit von den Kriegsgegnern und unseren Genossen gewarnt. Das nehmen wir sehr ernst. Wir kämpfen mit allen Friedensaktivisten gegen alle faschistische Parteien und Gruppen wie Pegida, die rassistische und nazistische Ideologien verbreiten.

Wir verlangen:

- das sofortige Verbot und die Auflösung aller faschistischen Organisationen und Parteien
- keine Polizeieinsätze zum Schutz von nationalistischen und faschistischen Aufmärschen (Art. 139 GG)
- die Offenlegung über die Existenz und Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen und über die Taten des NSU
- Fortführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags
- Der Verfassungsschutz muss aufgelöst werden

Schluss mit der Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten.
Stattdessen Förderung von Antifa-Initiativen mit öffentlichen Mittel, damit sie ihre Aufklärungskampagnen fortführen und erweitern können

Gedenkkultur: den 8.Mai zum Feiertag der Befreiung ernennen. Damit wird die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg wach gehalten.

Der Umgang der bürgerlichen Parteien von CDU/CSU bis hin zu den Grünen mit dem Thema Flüchtlinge schürt Rassismus. Wir kämpfen nicht gegen die Geflüchteten – kein Mensch möchte sein Land, seine Familie und Freunde verlassen – sondern gegen die Fluchtursachen. Die reichen imperialistischen und modernen Industriestaaten berauben die ärmeren Länder ihrer Ressourcen. Riesige Fangflotten fischen ihre Fischgründe bis zu den Ufern ab; sie beuten ihre Rohstoffe aus, die Facharbeiter und die Bildungsschicht werden in den Industriestaaten zu schlecht bezahlten Hilfskräften. Das nennt sich Neokolonialismus.

Die imperialistischen Industriestaaten sind für Armut, Hunger und Kriege in der Welt verantwortlich!

3. Umweltschutz

Mit der Ökologie-Bewegung teilen wir die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Kommunistinnen und Kommunisten engagieren sich im Widerstand gegen die Ursachen der Klimakatastrophe, Zerstörung ökologischer Systeme, Verschwendung von Ressourcen, Beherrschung der Energievorräte durch die Monopole und gegen Atommülltransporte. Die DKP fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie tritt dafür ein, dass Entscheidungen über Risikotechnologien wie zum Beispiel Gen- und Biotechnologien unter demokratischer Beteiligung der Bevölkerung getroffen werden.

Die Energiewende muss durch den Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden, auch und besonders im energiehungrigen Baden-Württemberg. Damit wird die landschaftszerschneidende Nord-Süd-Trasse überflüssig, welche sich auf Kosten der nördlichen Bundesländer quer durch Deutschland fressen soll.

Die Landesregierung darf sich nicht weiter an den Kosten der Energieversorger zur Umstellung und Einhaltung des Erneuerbaren Energiegesetzes beteiligen. Die Stromkonzerne haben jahrzehntelang Milliardengewinne aus dem Handel mit

Atomenergie gemacht. Dies zum größten Teil zu Lasten der Millionen Privathaushalte. Großabnehmer wurden mit verbilligten Tarifen beschenkt. Die Energie- und Wasserversorgung gehört in öffentliche Hand.

4. Arbeit

Die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg lebt von ihrer eigenen Arbeit, die sie ihren Unternehmern, großer Firmen oder kleiner Selbständigen, unter Wert zur Verfügung stellen müssen. Unter Arbeit verstehen wir nicht prekäre Arbeitsverhältnisse, nicht Jobs mit Niedrigst- und Hungerlöhnen. Diese Arbeitsverhältnisse und die Arbeitslosigkeit im reichen Baden-Württemberg sind eine Bankrotterklärung für die Politik der Landesregierung.

Die DKP fordert für und mit den Arbeitenden:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Ein Mindestlohn weit über 12€, von dem man Leben kann und nicht beim Jobcenter aufstocken muss oder in Altersarmut gerät
- Weg mit ALG II und allen anderen den Hartz IV-Gesetzen
- Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen
- Kündigungsschutz für jedes Lebensalter und jede Branche
- Schluss mit dem Argument der Standortlogik. Sie führt zur Erpressungspolitik, Ausgründungen und Betriebsschließungen

5. Soziale Sicherheit

Die heutige Arbeitswelt ist geprägt von Arbeitsverdichtung und Entgrenzung. Damit steigt der Stress und auch psychische Erkrankungen wie Depressionen, Burnout und Suizide. Die Menschen leiden an der sozialen Unsicherheit. Viele fragen sich, ob sie ihre Wohnung noch erhalten können, ob sie ihre Kinder in weiterführende Schulen anmelden können, ob sie die zusätzlichen Kosten für den Arzt noch tragen können und vieles mehr. Die DKP will für alle Menschen mit geringeren Einkommen eine finanzielle Entlastung und ein lebenswertes Leben erkämpfen.

a) Gesundheit

Sie ist ein zentrales Gut für die Menschen. Wir fordern eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung im Gesundheitssektor. Die Versorgung muss grundsätzlich

kostenlos und qualitativ auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand sein. Streichung aller Zusatzkosten. Ausweitung der Leistungen und Erstellen einer Positivliste für alle Behandlungen durch unabhängige Gutachter und Patienten.

b) . Wohnen

Alle Menschen verdienen guten und bezahlbaren Wohnraum. Dafür brauchen wir: ein soziales Wohnungsbauprogramm im öffentlichen Besitz, Verbot von spekulativem Leerstand und vor allem keinen Verkauf von öffentlichem Grund, Boden, und Wohnungen.

Alle Elemente der Daseinssicherung wie Wasser- und Abwasserversorgung, Wärmeerzeugung und Stromproduktion gehören in öffentliche Hand und dürfen keine Gewinne abführen, sondern haben sämtliche Mehreinnahmen zur Verbesserung der Effizienz und Kostensenkung der Verbraucher*innen zu verwenden. Weiterhin fordern wir die Rekommunalisierung des bereits privatisierten Grund und Bodens und aller beschriebenen Einrichtungen.

c) Mobilität

Stellt ein großes Problem für die Arbeitenden und Schüler da. Straßen, Städte, Dörfer und die Natur werden durch den individuellen Autoverkehr belastet und führen zu gesundheitlichen und Umweltschäden. Kostenloser öffentlicher Nahverkehr und Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebots statt Kannibalisierung durch sinnlose Großprojekte wie Stuttgart 21 würden diese Schäden vermeiden.

d) Bildung

ist das höchste Gut des Menschen in einer modernen Gesellschaft. Es beginnt bereits im *Kindergarten*. Die Kindergärten müssen sich zu modernen, dabei aber stets kindgerechten Bildungseinrichtungen weiterentwickeln und grundsätzlich kostenlos, ganztags und nicht mehr privat oder konfessionell sein.

Notwendig ist dazu: eine höhere Qualifikation der Erzieher*innen; eine Quote von 50% Hochschulabsolvent*innen z.B. mit den Abschlüssen Bildung und Erziehung im Kindesalter, Erziehungswissenschaften, pädagogische Psychologie und Ähnliches soll dabei angestrebt werden. Die Gehälter und die personelle Ausstattung müssen drastisch erhöht werden.

Schule ist der wichtigste Lernort. In der Schulzeit entscheidet sich der weitere Lebensweg. Deshalb muss der „Lebensraum Schule“ zu einer umfassend multiprofessionellen Bildungseinrichtung weiterentwickelt werden. Schulkinder müssen besser gefördert und ganztags unterrichtet werden. Dafür braucht es deutlich kleinere Klassen; eine Regelgröße von 12 Kindern ist – besonders unter dem Aspekt der Inklusion – anzustreben. Dafür sind mehr Lehrer und Lehrerinnen nötig.

Die Ausstattung muss den Anforderungen der digitalen Zukunft entsprechen: Interaktivboards in allen Klassenräumen und kostenlose Laptops für alle Schüler*innen (mit nicht-herstellergebundenen Systemen) müssen selbstverständlich sein. Die Lehrkräfte müssen geschult und für die Zukunft fit gemacht werden, Die Schulen benötigen eigene Budgets und Personalstellen, um Kinder mit besonderem Förderbedarf, Teilleistungs- oder Hochbegabung oder aus sozial schwächeren Familien gezielt fördern zu können.

Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Inklusionspädagog*innen und viele mehr gehören an jede Schule.

Jeder Jugendliche hat das Recht auf einen *Ausbildungsplatz*. Eine qualitativ gute Ausbildung, die in den überbetrieblichen Werkstätten stattfindet und mehr allgemeinbildenden Unterricht beinhaltet, garantiert eine zeitgemäße Berufsausbildung. Danach muss die Möglichkeit einer weiterführenden Qualifikation bestehen oder die Übernahme in einen Betrieb. Hohe Jugendarbeitslosigkeit ist der (negative) Gradmesser einer funktionierenden Gesellschaft.

Ausreichend Plätze an den *Universitäten* und in den Wohnheimen schaffen. Keine Studiengebühren! Kontrolle durch gewählte Gremien, damit die Forschung nur der arbeitenden Bevölkerung zugute kommt und nicht wie noch heute der Bundeswehr und den Unternehmen. Durch die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften muss die Mitbestimmung gesichert und eine demokratische Kontrolle der Hochschulen entwickelt werden.

In den Universitäten gleichzeitig aufklären, wie das jetzige System den Interessen der Arbeitenden entgegensteht und weshalb eine Systemänderung zum Sozialismus hin erstrebenswert ist.

6. Gewerkschaften und Interessenvertretungen

Die Stärkung der Gewerkschaften und der Organe der direkten Interessenvertretung wie Mieterinitiativen spielen die zentrale Rolle bei der Planung und Durchsetzung der oben beschriebenen Forderungen. Dazu ist es notwendig, die Entscheidungsgewalt in die Hand von Gewerkschaften, Mieter*innen und Nutzer*innen der öffentlichen Einrichtungen zu geben.

Die Landesregierung wird dazu verpflichtet, Armuts- und Sozialberichte zu erstellen, auf deren Grundlage geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die Armut in Baden-Württemberg zu beseitigen. Die dazu notwendigen Mittel werden von den Profiteuren, die die Armut verursachten und heute noch verursachen, also den Konzernen, Banken und Superreichen, geholt.

Die Landesregierung verpflichtet sich, den Landkreisen, Städten und Gemeinden für die jeweilige Region Katastrophenschutzpläne zur Verfügung zu stellen. Landkreise, Städte und Gemeinden sind dann verpflichtet, diese Pläne der Öffentlichkeit vorzulegen.

Sozialismus ist die Voraussetzung für Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Mit diesen Forderungen zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg positioniert sich die DKP Heidenheim gegenüber anderen Akteuren und Parteien. Wir nutzen das parlamentarische System, halten es aber wegen der 5-% Klausel für nicht demokratisch.

In unser Wahlprogramm haben wir auch Elemente eingebaut, die nicht direkt von der Landesregierung umsetzbar sind, sondern die der Zustimmung der Landesverantwortlichen bei Gesetzesänderungen im Bundesrat bedürfen. Im Interesse aller hier lebenden Menschen treten wir sowohl für kurzfristige als auch für langfristige Verbesserungen und Reformen ein.

Wir lassen uns nicht in die wirtschaftlichen Forderungen der Unternehmen einzwängen. Für die elementaren Bedürfnisse der Menschen – Frieden, Arbeit, Freiheit – kämpfen wir gemeinsam. Eine kommunistische Kandidatur ist eine Formierung des Widerstands gegen die kapitalistische Unterdrückung.

Die DKP trägt ihren Teil zur Schaffung von Klassenbewusstsein bei, zur Schaffung einer organisierten Gegenmacht zum Kapital. Aus diesen Lernprozessen wird die Erkenntnis erwachsen, dass der revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus notwendig ist, eine Welt der Arbeit, des Friedens und der Freiheit unvermeidlich ist.

DIE ZUKUNFT MUSS SOZIALISTISCH SEIN – FANGEN WIR AN!